

Vaterschaftsurlaub, Kindertagesstätten, kostenlose Gesundheitsdienste, Stipendien für die Kinder der Arbeiter, Beihilfen bei Tod und Unfällen, usw." (Abschnitt 2)

Artikel 7: Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten

"Die angestammten Landrechte der nationalen Minderheiten sollten unterstützt und geschützt werden. Allen Arten von Landraub sollte nachdrücklich entgegengetreten werden; Landgesetze, die gegen die Integrität des angestammten Landbesitzes verstoßen, außer Kraft gesetzt oder zum Vorteil der Minderheiten verändert werden." (Abschnitt 1)

Schutz der Rechte der Landfrauen und Kinder

Das Mendiola-Massaker Brief eines philippinischen Freundes

Manila, den 25. Januar 1987

Liebe Freundinnen und Freunde, fünfzehn Tote, achtzehn schwer Verwundete, hunderte Verletzte und viele galten nach der Demonstration auf der Mendiola-Brücke in der Nähe des Malacanang-Palastes als vermißt. Diese Zahlen schockierten alle von uns, insbesondere weil sich dies 1987, elf Monate nach dem Volksaufstand im Februar 1986 ereignete, unter der Regierung von Frau Cory Aquino also, der nachgesagt wird, daß unter ihr ein "demokratischer Raum" existiere.

Ich befand mich zu der Zeit des Vorfalls am 22. Januar 56 km entfernt von Manila. Erst am folgenden Tag erfuhr ich davon und war erschüttert - dies ist ein Massaker. Diejenigen meiner Freunde, die an der Demonstration teilnahmen, erzählten mir, daß sie keineswegs das Geschehene erwartet hätten. Gerade als der Demonstrationzug sich friedlich der Mendiola-Brücke näherte, waren Schüsse zu hören. Alle duckten sich so tief wie möglich auf den Boden. Als sie die Scharfschützen bemerkten, die oben von den Gebäuden schossen, liefen sie so schnell wie möglich weg. Das Militär verfolgte sie aber, schoß auf sie und schleuderte ihnen Gasgranaten entgegen.

Die Demonstranten versuchten, sich erneut auf der Placa Bonifacio einen km entfernt zu formieren, als Zivilisten, Agenten oder Militär ohne Uniform, erneut auf sie schossen und Tränengas einsetzten. Die ganze Nacht über war man damit beschäftigt zu prüfen, ob alle Be-

"Die weiblichen Landarbeiter sind doppelt ausgebeutet: als Lohnarbeiter und aufgrund ihres Geschlechts. Sie werden diskriminiert bei den Löhnen und den Anstellungsmöglichkeiten. Oft gibt es keine Sozialleistungen wie Mutterschutzurlaub, Gesundheitsdienste und Kindertagesstätten. Daraus ergibt sich eine extreme Marginalisierung der Landarbeiterinnen. Die Diskriminierung und Unterdrückung der Landarbeiterinnen muß ausgemerzt werden. Es muß ausdrücklich gesetzliche Bestimmungen für das Recht der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen geben auf gerechten Lohn, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleichberechtigte Mitentscheidung über die Zahl der Kinder, Priorität bei Anstellungsmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz." (Kap.IV, Artikel 5, Abschnitt 3)

"Die Kinderarbeit ist weit verbreitet auf dem Land, als Resultat der Armut und in Abwesenheit von gesetzlichen Beschränkungen dieser ausbeuterischen Praxis. Die Kinderarbeit sollte abgeschafft und die Rechte der Kinder auf angemessene Ernährung, Erholung und Bildung unterstützt werden." (Kap.IV, Artikel 5, Abschnitt 4)

(Die vollständige Übersetzung des Landreform-Minimalprogramms ist über die Aktionsgruppe Philippinen erhältlich)

teiligten der Gruppe "Wissenschaft und Technologie" wohltauf waren. Niemand unserer Gruppe wurde verwundet oder getötet.

Die Antwort der Regierung auf diesen Vorfall bestand darin, eine 'Mendiola Kommission' einzusetzen, die herausfinden sollte, wer den ersten Schuß abgab, das Militär oder die Demonstranten! Dies ist geradezu lächerlich. Wie können die Demonstranten schießen, wenn sie gar kein Gewehr haben? Der Fernsehbericht über den Vorfall zeigte deutlich, wie das Militär die Gewehre auf die Demonstranten richtete. Was kann also eine Untersuchung dieses Vorfalls bringen? Das etwa das Militär durchgedreht ist? Verfluchte Scheiße! Gemäß unserer Erfahrungen mit Demonstrationen und anderen Massenaktionen gibt das Militär nicht einen einzigen Schuß ab, selbst bei starker Provokation durch die Demonstranten nicht, es sei denn, sie werden von den Offizieren ausdrücklich dazu aufgefordert werden.

Es gibt eindeutige Beweise dafür, daß dies vorsätzlich und geplant geschehen ist. Woher wir das wissen? Normalerweise wird bei einer Auflösung der Demonstration zunächst verhandelt, dann nach Ablauf eines Ultimatums Wasserwerfer und schließlich Tränengas eingesetzt, schließlich erfolgt der Knüppelinsatz durch das Militär und erst dann wird geschossen. Bei dieser Demonstration aber schoß das Militär sofort ohne eine Warnung oder ähnliches.

Viele sagten, daß dies hätte vermieden werden können, wenn die Demonstranten, mehrheitlich Bau-



ern, mit unserem Landreformminister Alvarez gesprochen hätten. Die Bauern hätten zunächst mit ihm verhandeln und nicht irgendwelche Aktionen starten sollen. Die Bauern sollten sich ebenso bemühen zu verstehen, daß die Präsidentin sehr beschäftigt ist und nicht überall anwesend sein kann. Wißt ihr, die Bauern haben beinahe eine Woche lang vor dem Landwirtschaftsministerium (Ministerium für Landreformen) kampiert. Zweimal haben sie um ein Gespräch mit der Präsidentin gebeten, im Oktober und Juni 1986. Aber die Präsidentin hat nicht mit ihnen gesprochen. Es ist schon lachhaft, daß die Präsidentin für Gespräche mit dieser und jener Berufsorganisation Zeit findet, an dieser und jener Konferenz teilnehmen kann, für Photos im Time Magazine posiert und daß dennoch behauptet wird, daß sie keine Zeit habe, mit den Bauern, die 70% der Bevölkerung ausmachen, zu sprechen.

Am Anfang war der Stamm Die EG auf den Philippinen

Anfang April soll in Brüssel über ein Projekt entschieden werden das als "Central Cordillera Development Project - EEC" firmiert.

Der Plan: Im Norden der Philippinen-Insel Luzon sollen die bislang von westlicher Entwicklung weitgehend unberührt gebliebenen Einwohner des Cordillera-Bergmassivs neue Felder, neue Produkte, neue Straßen und Bewässerungsanlagen bekommen. Das Ziel: der Anschluß an die Moderne, die Neue Gesellschaft. Der Schönheitsfehler: Bei der Erarbeitung der Projektpläne wurden die "zu Entwickelnden" selbst nicht gehört.

Die Bewohner der philippinischen Bergregion wissen, was für sie "Entwicklung" bedeutet. In einem Dokument, das zu dem, durch den EG-Beauftragten Buchmann entwickelten Plan Stellung bezieht, schreiben sie:

"Entwicklung ist zuerst die Entwicklung von Menschen unter Mitwirkung der Organisationen, die an der Basis gegründet wurden. Volksorganisationen, wie sie in der vorgeschlagenen Verfassung vorgesehen sind, sind bei der Formulierung und Durchsetzung von Entwicklungsplänen notwendig. Die Volksorganisationen müssen ein gewisses Maß an sozio-politischer Einheitlichkeit darstellen, um in dem Entwicklungsprozeß wirksam mitarbeiten zu können. Entwicklung darf weder soziale Ungleichheit schaffen noch sie bestärken, sondern muß sich am Ziel sozialer Gerechtigkeit ausrichten. In diesem Zusammenhang müssen die materiellen Res-

ourcen, besonders das Land, unter der Kontrolle der betroffenen Bevölkerung stehen.

Selbstbestimmung ist beides, ein wichtiges Kriterium und Ziel von Entwicklung. Nationale Hilfsweisen und Außenhilfe, die an uns herangetragen wird, soll so ausgerichtet sein, daß sie zur Erreichung dieses Zieles dient.

Entwicklung muß die natürliche Umgebung erhalten und verbessern, die die natürliche Basis für das Leben der Bevölkerung ist. Von daher bleibt eine ausgewogene Ökologie das Hauptziel für die Gegend.

Als Bedingung, unter der man sich dem Projekt nähern und die Kontinuität des Projektes gewährleisten kann, gilt ein gründliches Verstehen und Nutzen der bestehenden lokalen Strukturen und Institutionen. Dies muß Vorrang vor all jenen Ansätzen haben, die von außen durch das Programm eingeführt werden." (CNGO12/86)

Die 130 Organisationen, in denen sich unter dem Namen "Cordillera People's Alliance" ein großer Teil der Bergbevölkerung zusammenschlossen hat, formulieren dieses Verständnis von "Entwicklung" und ihre Gegenvorschläge nicht ohne Erfahrung.

Alles das, was ich nun gegenüber der Regierung empfinde, ist Ekel; es ist angeblich eine liberale Regierung, die einen mutmaßlichen demokratischen Handlungsspielraum eröffnet - wo ist er? Ich glaube, daß die Regierung dem Volk nun den Rücken zugekehrt hat, die angebliche Pro-Volksorientierung ist ein bloßes Lippenbekenntnis.

Sie hat weder die Forderungen des Volkes nach Landreform noch nach Arbeit verfolgt. Wenn man davon ausgeht, daß die Forderungen der Bauern nach Landreform, Arbeit, Freiheit und Demokratie legitim sind, ist die Anwendung von Gewalt gegen diese Forderungen ungerecht.

Meiner Ansicht nach ist diese Regierung dieselbe Regierung der Elite, die die Februarrevolution zu stürzen glaubte. Mehr und mehr macht sie sich zum Bündnispartner der Rechten.

Beim letzten Mal - noch zu Zeiten des Marcos-Regimes - sollte im Namen der "Entwicklung" Strom erzeugt werden. Tatort war wiederum die Region der Cordilleren, durch die der Chico River fließt, an dessen Steilhängen die Bevölkerung nicht nur siedelt, sondern auch seit Generationen ihre komplizierte Reisanbautechnik betreibt, bei der das Wasser der Bergflüsse in vererbter Verfahrensweise auf die berühmten Terrassenfelder geleitet wird. Ein malerisches Bild seit eh und je. In allen Touristenführern, die über die Philippinen zu haben sind, fand ihr Bild Eingang. Vier Staudämme sollten nunmehr die Wasserkraft des mächtigen Stromes dem "Fortschritt" dienlich machen. Ein gigantisches Projekt, das zum größten Staudammvorhaben Asiens avancierte. Der Strom sollte der um Manila angesiedelten Industrialisierung des Landes nutzen. Finanziert wurde das Ganze durch die Weltbank. Schon damals war klar, daß unter dem Strich die Entwicklung für viele Bergbewohner bedeuten würde, daß nicht nur die Gräber ihrer Vorfahren unter der Oberfläche des 140.000 ha großen Staubeckens bleiben würden, sondern auch 16 Dörfer der Kalingas und Bontocs (rd 100.000 Einwohner), 2000 bewässerte Reisterrassen und weitere 2500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Das Chico Projekt, bei dem auch die Frankfurter Consulting Firma Lahmeyer beteiligt war, scheiterte



Reisterrassen in den Cordillera (Nord-Luzon)

am Widerstand der Bergbevölkerung, die ihre Zersplitterung angesichts der Bedrohung von außen überwinden. Ihnen zur Seite standen die Kämpfer des bewaffneten Widerstandes (NPA). So konnte kein Reden und kein militärischer Einsatz schließlich das Projekt zum Erfolg kommen lassen. Die Cordillern wurden im In- und Ausland zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Marcos-Diktatur.

Von daher ist es schon verständlich, daß der Versuch der neuen Regierung in dieser Widerstandsregion etwas zu "entwickeln", in Brüssel auch als "heißes Eisen" betrachtet wird. Zwar kann sich die EG, die hier 18 Millionen ECU (ca. 390 Mill. Pesos) investieren will, hinter der philippinischen Regierung verstecken, deren Projekt dies ja letztlich sei. Gerade dann gilt aber auch "mitgefangen, mitgehungen". Denn 'people's participation' ist nicht nur ein Slogan der Regierung Aquino. Vielmehr hat dieser Begriff lange Zugang zu entwicklungsplanerischen großer Organisationen wie der

kalen Märkte zu sichern.

Wenn dann alles mit Hilfe von Kleinkrediten an die Bauern verwirklicht werden konnte (gedacht ist an Kredite zwischen 500 und 20.000 Pesos, um die Experimentierfreudigkeit der Bauern zu unterstützen), Geld, Bewässerung, Infrastruktur vorhanden sind, dann ist der Weg auch für Exportprodukte (cash crops) geöffnet. Insbesondere denken die "Entwickler" an Gemüse und "exotische" Früchte. In ihrem Bericht heißt es dazu:

"Das Projekt soll große Möglichkeiten für die Philippinen eröffnen, um von den Kenntnissen der Europäer in der Produktion von Früchten zu profitieren, also von einem Produktionssystem von hoher Produktivität und auch mit allen Möglichkeiten eines großen Marktes in Manila. Wir betonen diesen Aspekt besonders, weil die Nachfrage nach "exotischen" Früchten sehr hoch sein kann (Viele Millionen Dollar sind in diesem Jahr für exotische Früchte aus der Volksrepublik China ausgegeben worden.)." (Mis-

nach dem Verständnis der Bergvölker ihnen gehört. Anfang November erhielten verschiedene europäische NGOs das EG-Dokument aus den Philippinen. Sie reagierten sehr bald auf den Ruf nach Solidarität, indem sie die Punkte, die die Partner in den Philippinen herausstrichen, mit unterstützten. In Schreiben artikulierten man die Bedenken darüber, daß dieses Projekt an der Bevölkerung vorbei durchgeführt werden würde. Zugleich hob man den zentralen Stellenwert, den Geschichte für die Bergvölker besitzt, hervor. An Ignoranz dieser Geschichte gegenüber war das Chico-Projekt gescheitert. Ohne eine Berücksichtigung dieser Aspekte sehen die nicht staatlichen Organisationen schwarz für das Projekt. "Alle Bemühungen in der Cordillera Region, die die Geschichte des Gebietes außer acht lassen, die den Wunsch nach Mitbestimmung nicht akzeptieren, werden mit Sicherheit nicht auf die Unterstützung und Begeisterung der Bevölkerung treffen, sondern sie werden auf weit verbreiteten, organisierten und wütenden Widerstand stoßen." Umso verständlicher ist es, daß, als der EG-Beauftragte Buchman am 13. Dezember die örtlichen NGOs zum Gespräch nach Manila bat, diese zwar anreisten, Herr Buchman aber nicht anwesend war. Eine verpaßte Chance, wenn man nicht stärkere Worte benutzen will, denn die NGOs hatten einen "Consolidated Proposal on the Implementation of the CEC (EEC) financed CCDP" dabei.

"Die Entwicklung in der Projektregion sei nicht vorangekommen, weil die NPA über Jahre durch erhebliche Einflußnahme diese verhindert habe" heißt es in der EG-Analyse, um dann weiterzufahren, daß "jetzt die Bevölkerung angesichts der neuen Entwicklungen bereit sei zu handeln."

Hier kann der entscheidende Denkfehler liegen, denn Entwicklung heißt für die Bergbevölkerung weiterhin mehr als Modernisierung ohne Geschichte. Vielleicht aber führen diese Anmerkungen aus der Studie auf die richtige Spur. Die Region ist tatsächlich diejenige, in der es eine starke Präsenz der NPA gibt. "Die Straßen", so heißt es im ersten Bericht der EG, werden dazu dienen "schwere Transporte in das Gebiet und aus dem Gebiet heraus zu ermöglichen". Das gleiche gilt natürlich auch für militärische Konvois. Wird hier also ein Geschenk an die Reformkräfte des Militärs vorbereitet? Die Modernisierung der Region, die Beteiligung der Bevölkerung an mehr Wohlstand könnte dem Stausee gleichen, dessen Wasser man abläßt, um die Fische, sprich Guerillas, aufs Trockene zu setzen.

Gert Ruppel



NDF gemeinsam mit der CPDF (Demokratischen Volksfront Cordillera) in Sagada

Kommission in Brüssel gefunden. Nimmt man dies ernst, dann ist der Vorwurf schwer verständlich, den die "Nicht-Regierungsorganisationen" (NGO) wie die "Cordillera People's Alliance" (CPA) seit Kenntnisnahme des Projektes erheben: "Die Bevölkerung ist nicht gehört worden."

Was bezweckt das Projekt? Es handelt sich um 250-300 'Micro-Projekte', von denen erst 150 bestimmt worden sind. Zum einen geht es darum, die Landwirtschaft und die Vermarktung von Cordillera-Produkten zu fördern ("Zusammenfassend kann eine Verbesserung der Produktivität der Bauern mittels des Projektes, einen signifikanten Anstieg der Aktivität des privaten Sektors sowohl hinsichtlich des Inputs wie des Outputs bewirken. Das hängt im wesentlichen von Transportfragen ab." CCDP Report of Mission May-June 1986, p.5). So sollen Straßen und Brücken in das Bergmassiv gehauen werden, um den Anschluß der bislang nur mühsam erreichbaren Dörfer an die lo-

sion, p.42) Der Bericht nennt also zugleich den Konkurrenten auf dem Weltmarkt, gegen den sich die Kalingas, Igorots und Ifugaos mit ihren umgestellten Anbaumethoden durchsetzen müssen. Vielleicht steigen sie dann doch lieber auf Orchideen um, für die, wie der Bericht von Herrn Buchmann (EG) ausweist, ideale Möglichkeiten in der Bergregion vorhanden sind. (p.38)

Schon in ihrem Kampf gegen die Zerstörung ihrer Bergregion durch das Chico-Projekt hatten den Filipinos auch Organisationen außerhalb der Philippinen geholfen. Vor allem dadurch, daß sie diesen Kampf der Weltöffentlichkeit mitgeteilt hatten. So war es natürlich, daß auch jetzt wieder europäische, amerikanische und asiatische NGOs um Hilfe gebeten werden, wenn es darum geht, daß, wie es im letzten Projekt-Vorschlag der EG-Kommission heißt, die philippinische Regierung für ein EG-Projekt Land zur Verfügung stellt. Land, das